
Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

erschreckende Meldungen aus Osttimor bestimmen seit zwei Wochen die Nachrichten aus dem Pazifik. Seit dem am 30. August abgehaltenen Referendum und dem dabei ausgesprochenen, eindeutigen Ja für die Unabhängigkeit Osttimors beherrschen pro-indonesische Milizen die Insel. Die bewaffneten Banden eröffneten eine blutige Jagd auf die Unabhängigkeitsbefürworter, zwangen die UN-Mitarbeiter zum Abzug und legten die Hauptstadt Dili in Schutt und Asche. Die regulären indonesischen Truppen und Polizeikräfte waren weder in der Lage noch gewillt, das blutige Treiben zu unterbinden, sondern machten häufig gemeinsame Sache mit den Milizen. Zehntausende von Osttimoresen sind seither ins Ausland oder in den Westteil der Insel geflüchtet, wo inzwischen Hunger und Krankheit drohen.

Spät, am 12. September hat die indonesische Regierung dem wachsenden internationalen Druck nachgegeben und der Entsendung einer bewaffneten internationalen Friedenstruppe zugestimmt. Sie soll in Osttimor Frieden und Ordnung wiederherstellen - keine leichte Aufgabe angesichts des Ausmasses an Verwüstung und der verheerenden Folgen von tagelang andauernder Gewalt und Vertreibung.

Der Vorstand des Pazifik Netzwerks hat auf die verheerenden Meldungen aus Osttimor mit einer Briefaktion an verschiedene Regierungsstellen reagiert. Der genaue Wortlaut des Schreibens kann diesem RUNDBRIEF auf den Seiten 12 und 13 entnommen werden. Außerdem liegt dieser Ausgabe eine Postkartenaktion der *Gesellschaft für bedrohte Völker* (GfbV) bei, der sich hoffentlich viele LeserInnen anschliessen!

Der Bericht dieses RUNDBRIEFES hat ein weniger emotionales Thema zum Inhalt. Seit 1975 bestimmen die Lomé-Verträge im wesentlichen die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Europäischen Union und insgesamt 71 Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks (AKP-Staaten). Das gegenwärtige vierte Abkommen der Europäischen Union mit der AKP-

Staatengruppe läuft im Februar 2000 aus. Seit September vergangenen Jahres wird daher über das 5. Lomé-Nachfolgeabkommen verhandelt.

Das Vertragswerk setzte bisher auf ein System von Handelspräferenzen, das den AKP-Staaten unter anderem den freien Marktzugang bei der Einfuhr ihrer Güter in die EU gewährt. Aus Sicht der EU-Mitgliedstaaten ist dieses System jedoch künftig nicht mehr mit den Regeln der Welthandelsorganisation in Einklang zu bringen. Über Alternativen und Lösungsansätze sowie den neusten Stand der Verhandlungen berichtet Klaus Schilder auf den folgenden Seiten.

Noch einmal möchte ich auf das 11. Europäische Pazifik-Solidaritäts-Seminar verweisen: Das Seminar findet in diesem Jahr vom 15. bis 17. Oktober in London statt. Näheres zum Seminar findet sich auf den Seiten 13 bis 17.

Wie gewohnt, schließt der RUNDBRIEF mit Terminhinweisen und Literaturvorschlägen.

Eine interessante Lektüre wünscht Ihnen/ Euch

Bericht

Die Verhandlungen zwischen der EU und den AKP-Staaten über die Nachfolge für das 4. Lomé-Abkommen¹

¹ Diese Dokumentation ist die gekürzte deutsche Übersetzung des "Background Paper on the Ongoing ACP-EU Negotiations on the Future of the Lomé Convention", erschienen im Juli 1999 bei WEED (erhältlich über WEED, Bertha-von-Suttner-Platz 13, D-53111 Bonn oder im Internet als pdf-Datei unter <http://www.weedbonn.org/eu/lomenegotiations.htm>).

In wenig mehr als fünf Monaten endet die Laufzeit des Lomé-Abkommens, das die Entwicklungszusammenarbeit zwischen der Europäischen Union und der Gruppe der 71 sog. AKP-Staaten (die Staaten Afrikas, der Karibik und des Pazifiks²) in seiner vierten Auflage seit nunmehr 25 Jahren regelt. Mittlerweile ist die Zeit knapp geworden für die Verhandlungsparteien, sich auf den Wortlaut einer neuen Rahmenkonvention zu einigen. Die AKP-Staaten stehen derzeit unter massivem Druck: Konfrontiert mit der unmittelbaren Gefahr der vollständigen Erosion der derzeitigen Handelspräferenzen mit der EU unter dem Liberalisierungsdruck durch die Welthandelsorganisation (WTO) bedarf es neben internationaler Unterstützung auch eines überaus geschickten Verhandlungsstils. Die Verhandlungen finden nicht zwischen gleichberechtigten Partnern statt: Nicht gleichberechtigt in ökonomischer Hinsicht und sicherlich auch nicht in Hinsicht auf das politische Verhandlungsgeschick. Trotz des vielbeschworenen Bildes von der "Entwicklungspartnerschaft" müssen die AKP-Staaten über die Krümmen streiten, die vom Tisch der Reichen fallen.

Diese Dokumentation faßt den offiziellen Verhandlungsprozeß zwischen den AKP-Staaten und der EU zusammen und untersucht mögliche Alternativen, sowohl von unabhängigen Forschern als auch aus Nichtregierungskreisen. Da die Ausgestaltung zukünftiger Handelsvereinbarungen während der bisherigen Verhandlungen die größten Kontroversen ausgelöst hat, wird sich diese Dokumentation auf diesen Bereich konzentrieren und andere strittige Verhandlungspunkte wie die Beteiligung der Zivilgesellschaft oder die Ausgestaltung der finanziellen Instrumente nur am Rande erwähnen. Da es sich bei den Verhandlungen um einen laufenden Prozeß handelt, ist diese Dokumentation in keiner Weise umfassend oder endgültig.

Der offizielle Prozess

Die Verhandlungen zwischen den AKP-Staaten und der EU über eine neue Rahmenkonvention, die im März 2000 an die Stelle des bisherigen, vierten Lomé-Abkommens treten soll, begannen offiziell im September 1999. Die Rahmenkonvention wird als Grundlage dienen für ausführlichere Verhandlungen in den Bereichen politischer Dialog, Entwicklungszusammenarbeit und ökonomische Kooperation in den nächsten fünf Jahren (EU-Kommission/ AKP-Staaten 1999). Die

² Im Pazifik gehören Papua-Neuguinea, die Salomonen, Samoa, Tuvalu, Vanuatu, Tonga, Fiji und Kiribati zur Gruppe der AKP-Staaten.

Verhandlungen finden in vier thematischen Gruppen statt, die die Eckpunkte des zukünftigen Abkommens widerspiegeln: Die zentrale Verhandlungsgruppe (CNG) beschäftigt sich mit den generellen politischen Prinzipien und Zielen sowie Fragen des institutionellen Rahmens. Die Privatsektor-Gruppe beschäftigt sich mit investitionsbezogenen Fragen sowie mit der Beschäftigungs- und der Kapazitätsentwicklung, der regionalen Kooperation, der Partizipation und der Konsultation verschiedener Akteure. Die dritte Gruppe zum Thema Handel und Wirtschaft beschäftigt sich mit allen handelsbezogenen Aspekten wie dem Thema der WTO-Kompatibilität, den verschiedenen Vorschlägen für Handelsabkommen, aber auch mit der Zukunft der Zusatzabkommen STABEX und SYSMIN³. Die vierte Gruppe für Instrumente und Finanzen (DFC) schließlich verhandelt über die Vereinfachung der finanziellen Instrumente und der Prozeduren sowie Fragen des Ressourcenmanagements und der technischen Zusammenarbeit.⁴

³ STABEX (Kompensationsfund zur Stabilisierung von Exporterlösverlusten im Agrarbereich) und SYSMIN (Stabilisierungsfund für mineralische Rohstoffe) sind in der Vergangenheit heftig in die Kritik geraten. Auch wenn es der Wunsch der AKP-Staaten ist, diese Instrumente unverändert beizubehalten, so wird sich die EU wahrscheinlich mit ihrem Wunsch durchsetzen, sie in die neue Rahmenkonvention einzugliedern.

⁴ Die personelle Zusammensetzung der Verhandlungsgruppen findet sich auf der Homepage des AKP-Sekretariats unter <http://www.acpsec.org/gb/lome/future/negteame.htm>

Die Verhandlungsdelegationen treffen sich mehrmals pro Monat. Zusätzlich finden in größeren Abständen Treffen auf Ministerebene statt, das Letzte am 29. und 30. Juli. Ferner gibt es informelle Treffen unter Beteiligung von Experten des AKP-Sekretariats, der EU-Kommission sowie beratender Organisationen wie der Organisation für afrikanische Einheit (OAU), des Commonwealth-Sekretariats, der Karibischen Gemeinschaft (CARICOM) und unabhängiger Forschungsinstitute.⁵ Die Verhandlungen finden hinter verschlossenen Türen statt, die Informationspolitik beider Seiten ist restriktiv. Offensichtlich müssen beide Seiten noch viel tun, um volle Transparenz und Öffentlichkeit des Verhandlungsprozesses zu erreichen.

Übereinstimmung in den Verhandlungen

In einem abschließenden Bericht nach der letzten gemeinsamen Ministerrunde Ende Juli in Brüssel fassen die Verhandlungsparteien die Punkte zusammen, in denen bereits Übereinstimmung erzielt wurde, als auch kritische Bereiche, die weiterer Verhandlungen bedürfen. Das zukünftige Rahmenabkommen soll demzufolge einfacher, leserlicher und für die Partner zugänglicher gestaltet werden. Das neue Partnerschaftsabkommen soll der Armutsbekämpfung dienen, mit den Prinzipien der nachhaltigen Entwicklung übereinstimmen und die Integration der AKP-Staaten in die Weltwirtschaft fördern. Nach Aussagen von Philip Lowe, dem Leiter der für Entwicklung zuständigen Generaldirektion 8 (DG 8) der EU Kommission, wird ein Großteil des Vertragstextes zum nächsten Ministertreffen im Dezember vorliegen.⁶

Im Bereich des Privatsektors wurde Übereinstimmung über die Prinzipien, die zukünftigen Entwicklungsstrategien zugrunde liegen sollen, erzielt. Ähnliche Übereinstimmung herrscht im Bereich der Sozialpolitik, der Frauenrechte und der

⁵ Eine tabellarische Übersicht über den Zeitfahrplan der Verhandlungen findet sich in der englischen Version der Dokumentation.

⁶ Philip Lowe in einer von IPS organisierten Anhörung vom 8. bis 10. Juli 1999 in Brüssel, zitiert nach EUROSTEP Proactive File Nr. 140, 9. Juli 1999, S.1.

regionalen Integration. Als vorteilhaft für die Entwicklung des privaten Sektors wird außerdem die Schaffung eines günstigen Investitionsklimas, die Förderung des öffentlich-privaten Dialogs sowie die Stärkung der Partnerschaft zwischen europäischen und AKP-Akteuren angesehen.

Im wichtigen Bereich der Handelsfragen verbergen sich ernste Meinungsverschiedenheiten hinter allgemeinen Aussagen zu zukünftigen Handelsbeziehungen. Da die Parteien prinzipiell darin übereinstimmen, dass "die AKP-Staaten behutsam und schrittweise, unter Förderung ihrer nachhaltigen Entwicklung, in die Weltwirtschaft eingegliedert werden sollen" (ibid), soll das Rahmenabkommen die Prinzipien einer zukünftigen Handelskooperation enthalten. Zusätzlich soll die Sonderbehandlung der AKP-LDC (der am wenigst entwickelten Länder innerhalb der AKP-Staaten) beibehalten sowie besondere Aufmerksamkeit der Vulnerabilität der kleinen Kontinental- und Inselstaaten gewährt werden. Sowohl die EU als auch die AKP erkennen an, dass die derzeitigen nicht-reziproken Handelspräferenzen nicht in alle Zukunft erhalten werden können, und dass daher der status quo nur als Übergangsstadium zu einem neuen Handelsabkommen gesehen werden kann. Alternative Handelsübereinkommen schließen sowohl den Vorschlag der EU für "Regional Economic Partnership Agreements (REPAs)" als auch andere Optionen wie die Revision des Allgemeinen Präferenzsystems (APS) ein (ibid.). Übereinstimmung herrscht ferner über die Vereinfachung der Vertragsinstrumente, der Zugänglichkeit sowie der Förderung des privaten Sektors und der Schaffung einer Investitionsfazilität zur Absicherung von privaten Investitionen.

Auch wenn in vielen Fragen bereits Übereinstimmung erzielt werden konnte, gibt es in den wichtigen Punkten der Ausgestaltung zukünftiger Handelsabkommen, der Frage nach einer verantwortungsvollen Regierungsführung ("good governance"), der Beteiligung der Zivilgesellschaft und der finanziellen Ausstattung heftige Kontroversen. Unabhängige Experten und Nichtregierungsorganisationen, die die Verhandlungen kritisch begleiten, haben wiederholt darauf hingewiesen, angesichts der knappen Zeit dringend Fortschritte zu erzielen.

Zukünftige Handlungsoptionen

Obwohl dieser Bereich Gegenstand intensiver Verhandlungsbemühungen ist, konnte bis heute weder über die Form der zukünftigen Handelskooperation noch über die

Länge der Übergangsperiode bis zur Einführung eines solchen Regimes erzielt werden. Im Grünbuch legte die Kommission drei Vorschläge vor, die allerdings alle als unbefriedigend erachtet wurden (EU Kommission 1997): Erstens die Beibehaltung des status quo, die auf starken Widerstand innerhalb der WTO stoßen wird, zweitens die Abschaffung aller Handelspräferenzen, die die AKP-Staaten dem gegenwärtigen APS aussetzen würde, und drittens die Einführung reziproker Handelsabkommen, einem Vorschlag, den die EU derzeit in Form sog. REPAs favorisiert.

Es ist derzeit nicht klar, wie ein zukünftiges Handelsabkommen beschaffen sein muss, um WTO-kompatibel zu sein. Die derzeitige wirtschaftliche Sonderbehandlung der AKP-Staaten ist durch eine Ausnahmegenehmigung, einen sog. "waiver", gedeckt. Es ist wahrscheinlich, dass die Beantragung eines weiteren waivers jederzeit durch einen Mitgliedsstaat der WTO, nicht zuletzt durch andere Entwicklungsländer außerhalb der AKP, die ihre eigenen Handelsinteressen verletzt sehen, angegriffen werden kann. Der gegenwärtige Bananenstreit zwischen der EU und den USA ist sicherlich nur die Ouvertüre für zukünftige Handelskriege, die vor dem WTO-Schiedsgremium ausgefochten werden. Keine der derzeit diskutierten Optionen für ein zukünftiges Handelsabkommen zwischen EU und AKP, die präferentielle Behandlung der AKP-Staaten vorsehen, ist a priori garantiert WTO-kompatibel. Unabhängig davon, wie überzeugend und vielversprechend einige der im Folgenden erläuterten Handlungsoptionen klingen mögen, hängt ihre Anwendbarkeit und Relevanz für den derzeitigen Prozess stark vom politischen Willen und nicht von der ökonomischen Vernunft der Verhandlungspartner ab.

Der REPA Vorschlag

In ihrem Mandat und den folgenden Verhandlungen ließ die EU keinen Zweifel daran, dass sie ihren Vorschlag zur Schaffung von REPAs als die aussichtsreichste Verhandlungsoption ansieht (ibid.). Sie will den AKP-Staaten diese REPAs jedoch nicht innerhalb eines starren Zeitfahrplans aufzwingen, sondern die AKP-Staaten "hinter das Steuer", sprich in die Kontrolle, setzen. Beide Parteien erkennen die Notwendigkeit einer Übergangsperiode an, in der die gegenwärtigen nichtreziproken Handelspräferenzen für alle AKP-Staaten beibehalten werden sollen. Uneinigkeit herrscht jedoch über die Länge der Verhandlungsperiode bis zur Einführung eines alternativen Handelsabkommens. Der REPA-Vorschlag sieht gegenwärtig vor, dass im Jahre 2005, nach einer Verhandlungsperiode von fünf Jahren sowie nach einer

Übergangsperiode von weiteren zehn Jahren, grundsätzlich alle Handelsbereiche⁷ frei von Zollpräferenzen sein sollen. Das bedeutet, dass zwischen der EU und den AKP-Staaten, die sich auf die Aushandlung von REPAs einlassen, spätestens im Jahre 2015 ein ungehinderter Warenfluss stattfindet. In informellen Gesprächen haben mehrerer Vertreter der EU-Kommission mittlerweile erklärt, dass sie sich auch eine längere Verhandlungsperiode und eine anschließende Übergangsperiode von bis zu 15 Jahren vorstellen könnten. Die AKP-Staaten votierten dagegen bislang für eine 10-jährige Verhandlungsperiode. AKP-Staaten, die unwillig oder unfähig sind, bis zu diesem Zeitpunkt REPAs mit der EU abzuschließen, würden automatisch unter das bisherige APS deklassifiziert.⁸ Alle nicht zur Gruppe der LDCs gehörenden Staaten würden in diesem Fall eine starke Erosion ihrer Handelspräferenzen hinnehmen müssen.

⁷ Nach der Interpretation der EU betrifft dies 90 Prozent der Importe auf beiden Seiten. Dieser Vorschlag wird derzeit von der WTO geprüft, nachdem ein früherer Vorschlag der EU, damit 80 Prozent des Handelsvolumens zu bezeichnen, als unakzeptabel abgelehnt wurde.

⁸ Im Falle der am wenigst entwickelten Länder (LDCs) würde das Super-APS mit besonderen Handelsvorteilen greifen.

Nach eigener Aussage fehlt den AKP-Staaten bislang eine klare Einschätzung der ökonomischen Viabilität des REPA-Vorschlags. Zusätzlich zu von der EU in Auftrag gegebenen Studien über die Auswirkungen von REPAs für verschiedene regionale Gruppierungen⁹ innerhalb der AKP-Staaten (siehe McQueen 1999) gaben die AKP-Staaten eine eigene Untersuchung in Auftrag, deren vorläufige Ergebnisse erst vor einigen Monaten veröffentlicht wurden (AKP-Sekretariat 1999). Erstere prognostizieren, dass die eintretenden negativen Effekte die erwarteten Vorteile durch die Handelsentwicklung in den meisten Regionen aufwiegen werden (McQueen 1999). Die AKP-Staaten fühlen, dass der REPA-Vorschlag zu früh eine zu starke Liberalisierung bedeutet. Im Einzelnen ist die regionale Integration zwischen den AKP-Staaten noch nicht so weit fortgeschritten, als dass sie der EU in den Verhandlungen als gleichberechtigte Partner gegenüberreten könnten. Dann sind die AKP-Staaten keineswegs eine homogene Staatengemeinschaft, sondern zeichnen sich durch eine Vielzahl wirtschaftlicher Partikularinteressen aus, die die Schaffung einer gemeinsamen Verhandlungsposition behindern. Ferner scheint vielen der AKP-Staaten die politische Kapazität zur Implementierung von Freihandelsabkommen zu fehlen. Schließlich ist auch der REPA-Vorschlag nach Gatt-Artikel XXIV nicht a priori WTO-kompatibel.

Im Bezug auf die Zusatzprotokolle¹⁰ gibt es innerhalb des EU-Vorschlages keine Garantie für eine Weiterführung innerhalb eines neuen Rahmenabkommens. Innerhalb der AKP-Staaten gibt es zwar nur 29 Nutznießer der Exportprotokolle, diese repräsentieren aber allein 1998 mehr als neun Prozent der gesamten Exporte aus den AKP-Staaten. Die Diskussion spiegelt die allgemeine Kontroverse um Handelspräferenzen als Mittel der Entwicklungs-Zusammenarbeit wider. Die AKP-Staaten setzen sich für die Fortführung der Protokolle in ihrer bisherigen Form ein, und schlagen an anderer Stelle die Schaffung unabhängiger Verträge vor, ohne zu spezifizieren, wie diese innerhalb der WTO bestehen könnten. In Anbetracht des Streits um das Bananenprotokoll ist dies offensichtlich eine unrealistische Vorstellung. Es

⁹ Die sechs von der EU untersuchten Gruppierungen umfassen die CARICOM (Karibische Gemeinschaft), die EAC (Ostafrikanische Gemeinschaft), SADC (Südafrikanische Entwicklungsgemeinschaft), CEMAC (Zentralafrikanische Wirtschafts- und Finanzgemeinschaft), UEMOA (Westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion) sowie die Staaten des Pazifik. Die AKP-Staaten kritisieren, daß die Gruppe in sechs oder mehr kleinere regionale Gruppierungen aufgeteilt wird und einige AKP-Staaten ganz aus dieser Gruppierung fallen würden.

¹⁰ Die Handelspräferenzen für Bananen, Rind- und Kalbfleisch, Rum und Zucker haben alle unterschiedliche Vertragsbedingungen. Das Bananen- und Rindfleischprotokoll endet im Februar 2000, das Rumprotokoll läuft bis 2003. Das Zuckerprotokoll ist nicht an die Lomé-Abkommen gebunden und wird im Jahre 2001 überprüft. Zwar sind alle Protokolle durch die Handelsliberalisierung gefährdet, ihre Zukunftsoptionen müssen jedoch von Fall zu Fall untersucht werden (siehe auch Dunlop 1999).

erscheint wahrscheinlich, dass die EU die Präferenzen der Zusatzprotokolle innerhalb der Übergangsperiode auslaufen lassen möchte. Die Zukunft der Protokolle wird jedoch in großem Maße von externen Prozessen wie dem Ausgang der WTO Millennium-Runde oder der Reform der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) abhängen.

Gibt es Alternativen?

Die AKP-Staaten reagierten erst nach der Ministerkonferenz in Dakar im Februar auf die EU-Handelsvorschläge mit der Einsetzung einer eigenen Untersuchungskommission. In ihrem ersten Bericht äußern die Handelsexperten der AKP-Staaten die Befürchtung, dass die EU mit ihrem Drängen, in den Rahmenabkommen bereits die technischen Details einer zukünftigen Wirtschaftskooperation festzuschreiben, einen starken Zeitdruck auf die AKP-Gruppe ausübt (AKP-Sekretariat 1999). Ihrer Ansicht nach ist es für die AKP-Staaten derzeit nicht möglich, sich für eine, der auf dem Tisch liegenden alternativen Handlungsoptionen zu entscheiden. Stattdessen möchten sie die Entscheidung angesichts der unklaren Entwicklungen innerhalb der WTO, der GAP-Reform, der Novellierung des APS und der EU-Erweiterung in die Verhandlungsperiode nach dem Jahre 2000 verschieben. Bedauerlicherweise fügen die Experten den bisher diskutierten Optionen keine weiteren hinzu.

Nach den gegenwärtigen Vorschlägen der EU würden die AKP-Staaten, die nicht in Verhandlungen über REPAs eintreten werden, auf das bestehende APS-System zurückgestuft. Dies erscheint den AKP-Staaten nicht akzeptabel, da es nicht vertraglich bindend ist, einseitig von der EU gewährt wird und zollfreie Exporte nur für 68 Prozent der Waren zulassen würde.¹¹ In einer Studie wird jedoch vorgeschlagen, dass ein verbessertes APS, auch wenn es politisch kontrovers und schwer umzusetzen ist, den AKP-Staaten Lomé-ähnliche Präferenzen erhalten könnte (Stevens et al. 1998). Derzeit wären 15 Prozent der im Lomé-Abkommen enthaltenen Handelswaren unter dem APS benachteiligt. Um nun APS-Präferenzen ausschließlich auf die AKP-Staaten auszuweiten¹², bedürfte es der Einführung zusätzlicher Bestimmungen und Regelungen, die das ohnehin schon unübersichtliche Regelwerk weiter komplizieren würden.¹³ Vorausgesetzt, der politische Wille ist da, könnte das verbesserte APS jedoch

¹¹ Unter dem derzeitigen Lomé-Abkommen sind ca. 90 Prozent aller AKP-Exporte in die EU zollfrei, die Zusatzprotokolle noch nicht eingeschlossen.

¹² Nutznießer des Allgemeinen Präferenzsystems sind alle Entwicklungsländer.

¹³ Dazu gehören die Zolllenkung auf Produkte, die ausschließlich in den AKP-Staaten produziert werden, die Gleichbehandlung mit den Anden- und Zentralamerikanischen Ländern,

als Sicherheitsnetz für diejenigen AKP-Staaten dienen, die nicht sofort mit Freihandels-Verhandlungen mit der EU beginnen können. Außerdem wäre es ein erster Schritt in Richtung eines vertraglich verbindlichen APS, das in Zukunft allen Entwicklungsländern unabhängig von ihrer Historie zur Verfügung stehen könnte. Innerhalb der EU sprach sich allein Großbritannien auf der Ministertagung im Juli für diese Option aus. Jedoch ist auch für diesen Vorschlag die Zustimmung der WTO zu einer Ausnahmegenehmigung erforderlich.

In vorwiegend neoliberalen Kreisen wird schließlich noch die Möglichkeit einer völligen multilateralen Marktöffnung der AKP-Staaten innerhalb der WTO diskutiert. Dies würde die Gleichbehandlung der AKP-Staaten innerhalb der Gruppe der Entwicklungsländer nach dem Prinzip der Meistbegünstigung bedeuten. Neben der Desintegration der traditionellen Gruppe der AKP-Staaten bedeutet dieser Vorschlag die Integration der AKP-Staaten in die Weltwirtschaft zum größeren Vorteil der starken Handelspartner im Norden. Außerdem gäbe es in diesem Fall keinerlei Sicherheitsnetz, das ein AKP-Land in Zeiten ökonomischer Schwierigkeiten auffangen würde. Dieser Vorschlag wird daher weder von der EU noch der AKP-Seite ernsthaft diskutiert.

Spielraum innerhalb der WTO?

größere Präferenzen für Kleinstökonomien sowie die Berücksichtigung einer speziellen wirtschaftlichen Vulnerabilität.

Während der laufenden Verhandlungen gab es immer wieder Stimmen, die eine geschlossene Haltung der EU und der AKP-Staaten während der im November in Seattle startenden neuen, dreijährigen Verhandlungsrunde der WTO (der sog. Millennium-Runde) fordern, um eine Reform des GATT-Artikels XXIV durchzusetzen. Innerhalb der WTO bedarf es einer 2/3-Mehrheit, um eine neue Ausnahmegenehmigung für EU- Freihandelspräferenzen für die AKP-Staaten durchzusetzen. Im Moment ist jedoch unklar, wie bereit die EU zu diesem Schulterschluss mit den AKP-Staaten ist. Außerdem ist mit starkem Widerstand von Ländern wie Australien, Hong Kong, Japan und Korea zu rechnen, die sich innerhalb der WTO für engere Regelungen von regionalen Freihandelsabkommen einsetzen. Daher sollte sich die AKP-Seite nicht auf die Unterstützung der EU verlassen, sondern innerhalb der WTO eine eigenständige politische Position anstreben. Auch wenn die AKP-Staaten theoretisch 71 von 132 Stimmen in der WTO innehaben¹⁴, so haben ihre fehlenden Verhandlungskapazitäten ihre Einflussmöglichkeiten in der Vergangenheit stark beschränkt. Es wird daher auch von der internen Koordination der AKP-Staaten abhängen, ob das Thema der nicht-reziproken Handelspräferenzen für Exportprodukte aus Entwicklungsländern auf die Tagungsordnung der neuen WTO-Runde gesetzt werden wird. Deutlich ist jedoch, dass die Vorstellungen von EU und AKP im Bereich Handel auch kurz vor dem nötigen Abschluss der Verhandlungen noch weit voneinander entfernt sind.

"Good governance"

Nach Ansicht der EU soll das Prinzip der verantwortlichen Regierungsführung ("good governance") zum integralen Bestandteil eines neuen politischen Dialoges mit den AKP- Staaten werden. Allerdings gibt es bislang nur einen Vorschlag der EU, der während der letzten Ministerrunde präsentiert wurde. Viel bleibt zu tun, um diesem Konzept eine beiderseitig akzeptable Definition zu geben. Die AKP-Staaten betrachten die Ideen der EU als Einmischung in die Rechte souveräner Staaten, insbesondere fürchten sie die Einführung einer neuen Form der Konditionalität in der Entwicklungszusammenarbeit. Die EU solle zugeben, dass sie verantwortliche Regierungsführung als Mittel zur Bekämpfung von Korruption und Missmanagement verstehe. Tatsächlich knüpft die EU in ihrem Vorschlag eine sog. Nichtausführungsklausel an dieses Konzept, die eine Aussetzung der Entwicklungshilfe im Falle einer Vertragsverletzung durch eine der Parteien regelt. Von Seiten der

¹⁴ Derzeit sind allerdings nur 55 der 71 AKP-Staaten Mitglieder in der Welthandelsorganisation WTO.

AKP-Staaten besteht daher nur eine zurückhaltende Bereitschaft, good governance in die neue Rahmenkonvention aufzunehmen.

Die Rolle der Zivilgesellschaft

Ebenso kritisch wird derzeit die Frage nach der Beteiligung der Zivilgesellschaft und der Identifikation wesentlicher Akteure diskutiert. Beide Seiten stimmen darin überein, dass die stärkere Einbeziehung der Zivilgesellschaft eine adäquate Kapazitätsförderung voraussetzt. In diesem Zusammenhang wird gerne von der "Kultur des Dialoges" gesprochen. Allerdings scheint derzeit nur die EU bereit, finanzielle Mittel für den Nichtregierungsbereich, einem wesentlichen Teil der Zivilgesellschaft, bereitzustellen (EU Kommission/ AKP Staaten 1999). Die AKP-Staaten betonen die Priorität der nationalstaatlichen Entscheidungsgewalt und setzen sich für die Ausarbeitung einer klaren Definition der Akteure innerhalb der Zivilgesellschaft ein. Sie befürchten, dass insbesondere Nichtregierungsorganisationen (NGOs) in den Ländern des Südens verstärkt Einfluss auf nationale Regierungspolitik nehmen könnten und so zu mächtigen Spielern innerhalb der zukünftigen Entwicklungszusammenarbeit werden könnten. Sie verstehen die Arbeit der Süd-NGOs daher eher als Stärkung der eigenen politischen Position. Andererseits setzten sich verschiedene AKP-Länder dafür ein, dass NGOs die AKP-Position in den kommenden WTO-Verhandlungen unterstützen sollen. Ein Appell, der sich wohl eher an die NGOs des Nordens richten dürfte. Verschiedene europäische NGO-Netzwerke setzen sich während der Lomé-Verhandlungen für die formale Einbeziehung der NGOs in alle Bereiche der Planung und Durchführung der zukünftigen EU-AKP-Partnerschaft ein. Einigung auf einen gemeinsamen Vertragstext konnte im Juli in Brüssel allerdings nicht erzielt werden.

Das liebe Geld

Schließlich bleibt noch die Frage nach der Finanzierung der neuen Konvention umstritten. Prinzipiell stimmen beide Seiten darin überein, die bestehenden finanziellen Mittel zu vereinfachen und zu rationalisieren. Bürokratische Hürden auf Seiten der EU haben die Zugänglichkeit zu Mitteln aus zurückliegenden Lomé-Abkommen stark erschwert und werden für einen ineffizienten Mittelabfluss verantwortlich gemacht. Während die AKP-Staaten vor allem die praktischen Hürden reduzieren wollen, überlegt die EU, die bisher im Rahmen des Europäischen Entwicklungsfond (EDFs) gewährten Mittel in die neue Konvention zu übertragen. Dies birgt nach Ansicht von

AKP und verschiedenen NGOs die Gefahr, dass es real in Zeiten knapper Haushalte zu einer Reduktion der Entwicklungshilfezusagen kommt. Daher drängt die AKP-Seite darauf, dass die Rationalisierung weder zu einer Reduktion der bestehenden Finanzierungslinien noch zu einer Kürzung der jeweiligen Etats kommt. Um die gestiegene Anzahl politischer Ziele in der Rahmenkonvention zu erfüllen, sollte die EU zusätzliche Mittel zu ihrer Umsetzung zur Verfügung stellen, so die Forderung¹⁵. Im Zuge des Wiederaufbaus im Balkan besteht allerdings die berechtigte Befürchtung, dass die für die Entwicklungszusammenarbeit zur Verfügung stehenden Mittel in den nächsten Jahren in starkem Maße beschnitten werden. Dieser Trend deutet sich bereits in der Kürzung der für die Arbeit von NGOs zur Verfügung stehenden EU-Mittel um acht Millionen Euro an¹⁶. Die endgültige Entscheidung über die Ausstattung des nächsten EDF wird erst für Dezember 1999 erwartet.

Ein Fazit?

Im Hinblick auf den immensen Zeitdruck, unter dem die Verhandlungsparteien stehen, wird es im Frühjahr nächsten Jahres zum Abschluss einer neuen Rahmenkonvention kommen, da sich die Mehrzahl der AKP-Staaten den völligen Wegfall aller bisherigen Handelspräferenzen unter dem bestehenden APS einfach nicht leisten kann. Allerdings zeigen die enttäuschenden Ergebnisse des letzten Ministertreffens in Brüssel in den Kernfragen, dass in der Ausgestaltung zukünftiger Handelsvereinbarungen, der Beteiligung der Zivilgesellschaft, der zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel, aber auch in den Bereichen der Migration und illegalen Immigration, der Nichtausführungsklausel sowie der Definition der Zugehörigkeit zur AKP-Gruppe starke Uneinigkeit besteht. Dies zeigt sich exemplarisch in der Unfähigkeit der Verhandlungsgruppe 3 für Handel und Wirtschaft, sich auf der letzten Ministertagung auf einen gemeinsamen Wortlaut für das neue Abkommen zu einigen. Wiederum wurde das Thema Freihandel an die untergeordneten Verhandlungsebenen

¹⁵ Carl Greenidge, AKP-Generalsekretär, in einer von IPS organisierten Anhörung vom 8. bis 10. Juli 1999 in Brüssel, zitiert nach EUROSTEP Proactive File nr. 140, 9. Juli 1999, S. 1.

¹⁶ ERPSTEP Proactive File Nr. 138, 25. Juni 1999, S.1.

verwiesen. Die AKP-Staaten müssen sich hier den Vorwurf gefallen lassen, im Vertrauen auf eine mögliche Fortschreibung des status quo zu spät mit eigenen Konzepten auf die Vorschläge der EU-Kommission im Bereich Handel eingegangen zu sein. In Anbetracht des massiven Verhandlungsdruckes, den die EU zur Durchsetzung ihres Vorschlags der regionalen wirtschaftlichen Partnerschaftsabkommen (REPAs) augenblicklich ausübt, ist es mehr als fraglich, ob die AKP-Staaten in der vielbeschworenen neuen Partnerschaft auch wirklich gleichberechtigt neben dem wirtschaftlich und politisch übermächtigem Bruder EU bestehen können.

Literatur:

AKP-Sekretariat (1999) Post-Lomé IV trade arrangements - First report of the working group of ACP experts to the ACP Council of Ministers, 19. Juni 1999.

Dunlop, A. (1999) What future for Lomé's commodity protocols? ECDPM Discussion Paper No. 5, Maastricht.

EU Kommission (1997) Green paper on relations between the European Union and the ACP countries at the eve of the 21st century: Challenges and options for a new partnership, Brüssel.

EU Kommission/ AKP-Staaten (1999) ACP-EU negotiations - Joint reports from negotiating groups 1, 2, 3 and 4 und Key Sentences, ACP-EU Ministerial meeting, Brussels, Belgium, 29. u. 30. Juli 1999, CE/TEN/GCN/OR SN72, 73, 75, 76/99.

McQueen, M. (1999) The impact studies on the effects of REPAs between the ACP and the EU. ECDPM Discussion Paper Nr.3, ECDPM, Maastricht.

Stevens, C., McQueen, M. & Kennan, J. (1998) After Lomé IV: A strategy for ACP-EU-relations in the 21st century. Commonwealth Secretariat / Institute of Development Studies, Sussex.

Klaus Schilder, Würzburg

"Hilferuf aus Osttimor!"

Postkartenaktion der Gesellschaft für bedrohte Völker

Bereits vor dem Referendum am 30. August hatte die *Gesellschaft für bedrohte Völker* (GfbV) die Entsendung von UN-Friedenstruppen nach Osttimor gefordert und wiederholt vor Massakern und Vertreibungen gewarnt. Sämtliche Befürchtungen sind inzwischen grausame Realität geworden. Auf Osttimor herrscht eine "inszenierte Anarchie", so die GfbV in ihrem Appell "Hilferuf aus Osttimor".

Wie dem beiliegenden Faltblatt zu entnehmen ist, fordert die GfbV jetzt in erster Linie den Schutz und die Versorgung der mehr als 200.000 Menschen, die vor dem Terror der pro-indonesischen Milizen in die Berge Osttimors geflüchtet sind. Außerdem fordert sie die Entwaffnung und Auflösung der Milizen sowie den Abzug der indonesischen Armee. So lange die indonesische Regierung diesen Forderungen nicht nachkommt, müssen Weltbank und andere Geberländer sämtliche Kredite und Entwicklungshilfegelder für den süd-ostasiatischen Staat sperren. Das demokratische Votum der Osttimoresen für die Unabhängigkeit darf nicht mit Gewalt und Terror zerschlagen werden.

Die GfbV bittet daher eindringlich, selbst aktiv zu werden und die beiliegende Postkarte an Bundeskanzler Gerhard Schröder zu schicken.

Wie bereits im Vorwort erwähnt, hat der Vorstand des Pazifik Netzwerks am 8. September mit einer Briefaktion auf die erschreckenden Nachrichten aus Osttimor reagiert. Briefe sind unter anderem an das Bundeskanzleramt, an das Auswärtige Amt sowie an das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gegangen. Der Wortlaut lautete wie folgt:

Sehr geehrte/ geehrter...

Angesichts der abscheulichen Verbrechen der offensichtlich vom indonesischen Militär gedeckten Milizen in Osttimor fordern wir Sie und die Bundesregierung eindringlich auf, sich unverzüglich und mit allem Ihnen zur Verfügung stehenden Einfluß innerhalb der Völkergemeinschaft für eine sofortige Beendigung des Terrors und der Massenmorde in Osttimor sowie die sofortige Entsendung einer Friedenstruppe nach Kap. 7 der UN-Charta einzusetzen. Nur ein entschiedenes Handeln der Vereinten Nationen im Angesicht eines weiteren bevorstehenden ethnischen Massakers kann eine weitere Eskalation und Massenvertreibungen verhindern.

Wir erwarten daher von der Bundesregierung, daß sie ihren politischen Einfluß auf die indonesische Regierung nutzt, um auf eine sofortige Zustimmung zur Entsendung einer internationalen Friedenstruppe unter UN-Mandat sowie die Einhaltung der New Yorker Abkommen vom 5. Mai 1999 zu dringen. Den Machthabern in Jakarta muß mit aller Schärfe und Deutlichkeit vor Augen gehalten werden, daß sie Indonesien durch eine weitere völkerrechtswidrige Duldung der von Miliz und Militär begangenen Greueltaten in Osttimor auf Dauer aus dem Kreis der demokratisch legitimierten Völkergemeinschaft

ausschließen.

Außerdem fordern wir Sie und die Bundesregierung auf, unverzüglich sämtliche bilateral an Indonesien gewährte Kredite zu sperren und ihren Einfluß im internationalen Währungsfond IMF zu nutzen, um auch dort einen sofortigen Stopp aller Kreditzusagen an Indonesien zu erreichen. Außenwirtschaftliche Interessen müssen der Achtung der Menschenrechte in Indonesien untergeordnet werden.

Osttimor ist ein weiterer Fall in der langen Geschichte der Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Indonesien. Den Menschen im von Indonesien besetzten früheren Westpapua/ Irian Jaya könnte schon bald ein ähnliches Schicksal drohen. Auch dort herrscht staatliche Willkür.

Für die Menschen in Osttimor hängt ihr Überleben jetzt von dem raschen und entschlossenen Handeln der internationalen Staatengemeinschaft ab.

In eigener Sache:

11. Europäisches Pazifik-Solidaritäts-Seminar

London, 15. bis 17. Oktober 1999

Das jährliche Europäische Pazifik-Solidaritäts-Seminar ist in den letzten Jahren ein wichtiger Treffpunkt für das Europäische Pazifik-Solidaritäts-Netzwerk, eine Vereinigung von Nichtregierungsorganisationen (NROs) und kirchlichen Organisationen in sechs Europäischen Ländern, geworden. Zur Tradition der Seminare gehört der lebendige Austausch von Informationen und Erfahrungen.

Neben der Möglichkeit, Gäste aus dem Pazifik und andere Interessierte kennenzulernen, wird das Seminar drei Workshops zu den folgenden Themenbereichen anbieten:

1. Die Folgen der Nukleartests im Pazifik. Mit Veteranen aus Fidschi und ehemaligen Arbeitern auf dem Moruroa-Testgelände.
2. Selbstbestimmung: Unabhängigkeit, Autonomie oder was?
3. Kooperation in der Entwicklungshilfe der Europäischen Union mit dem Pazifik.

Im Plenum werden gegenwärtig wichtige Fragen der pazifischen Region erörtert.

Tagungsplan

Freitag, 15. Oktober

- 18.00 Ankunft der Seminarteilnehmer
- 20.00 - Eröffnung des Seminars
- Vorstellung der Teilnehmer und Gäste
- 21.00 Informeller Abend

Samstag, 16. Oktober

- 9.00 Eröffnung des Tages
- 9.15 Vorstellung des Seminar-Programms
- 9.30 Vertreter von Nichtregierungsorganisationen (NROs) stellen sich, ihre Arbeit und Projekte vor
- 10.45 Kaffee-Pause
- 11.15 Weitere Kurzberichte der NROs
- 12.30 Näheres zu den Themen der folgenden Workshops
- 13.00 Mittagessen
- 14.30 Workshops

1. **"Die Folgen der Nukleartests im Pazifik. Mit Veteranen aus Fidschi und ehemaligen Arbeitern auf dem Moruroa-Testgelände."**

Am 23. Juni 1999 hat das *Pacific Concerns Resource Centre* (PCRC, Fidschi) das Buch "Kirisimasi" veröffentlicht. Die Publikation beinhaltet Erfahrungsberichte von Veteranen aus Fidschi, die die britischen Nukleartests der 50er Jahre auf den Christmas Islands (Kiribati) miterlebt haben, und dokumentiert gleichzeitig die Langzeitfolgen der Tests auf die Gesundheit der Menschen.

Im Rahmen dieses Workshops wird der zu jenem Zeitraum im Dienst der britischen Armee stehende Veteran Paul Aphoy über seine Erfahrungen berichten. Erörtert werden sollen auch die Möglichkeiten, das Thema britische Nukleartests im Pazifik in Großbritannien aufzugreifen.

Am 20. Februar 1999 haben das französische Institut zur Friedens- und Konfliktforschung (CDRPC) sowie die Partei der Grünen in Frankreich ein Seminar zu den Folgen der französischen Nukleartests organisiert. Das Institut hat dieses Seminar zum Anlaß genommen, zusammen mit dem Ökumenischen Rat der Kirchen und ECSIEP eventuell weitere Schritte zu erörtern:

1. Öffnung der französischen Archive, die die 30 Jahre andauernden Testreihen dokumentieren; Aufarbeitung der bereits vorliegenden Informationsmaterialien;
2. Klassifizierung der beiden Atolle Moruroa und Fangataufa gemäß der französischen Nuklearrichtlinien für das Mutterland;
3. Unterstützung der ehemaligen Arbeiter auf dem Testgelände, ihrer Familien und der in unmittelbarer Nähe lebenden Bevölkerung;
4. Lobbyarbeit in den oben genannten Belangen.

Das EPS-Seminar erscheint als gute Gelegenheit, die Kampagnen erneut aufzugreifen. Der Workshop soll in erster Linie ein Update geben in Bezug auf gegenwärtige und künftige Aktivitäten einzelner NROs aus Europa und dem Pazifik. Daneben sollen die bisherigen Aktivitäten kritisch beleuchtet und das mögliche Überwinden bisheriger Hemmnisse diskutiert werden.

2. **"Selbstbestimmung: Unabhängigkeit, Autonomie oder was?"**

Das letzte Jahrzehnt unseres Jahrtausends hat viele Spannungen bis hin zu bewaffneten Auseinandersetzungen um den politischen Status einzelner Regionen hervorgebracht. Im Mittelpunkt all dieser Konflikte steht zumeist die Forderung nach Unabhängigkeit. Der Status einer Region muß jedoch nicht allein von den gängigen Formen der Abhängigkeit bzw. Unabhängigkeit bestimmt werden. Es gibt auch Alternativen, die die von Konflikten gefährdeten oder bereits heimgesuchten Regionen zu dauerhaftem Frieden und Normalität führen können.

Auf Bougainville scheint sich mehr und mehr eine de facto Autonomie zu etablieren. Ein Beleg hierfür ist die stillschweigende Anerkennung des *Bougainville Peoples Congress* von Seiten der Regierung Papua-Neuguineas.

In Westpapua/ Irian Jaya könnte ein Aussöhnungsprozeß den Weg zu Frieden und Selbstbestimmung ebnen.

Der im Mai 1998 unterzeichnete Noumea-Vertrag für Neukaledonien ist Grundlage für einen Machttransfer, bei dem Rechte und Zuständigkeiten allmählich von Frankreich auf den Inselstaat übergehen. Diese schrittweise Autonomie kann künftig zu vollständigen Unabhängigkeit Neukaledoniens führen.

Bei dem am 30. August abgehaltenen Referendum in Osttimor hat sich die Bevölkerung mehrheitlich für die Unabhängigkeit der Insel von Indonesien ausgesprochen.

Gastredner des Workshops werden voraussichtlich sein: Martin Miriori aus Bougainville, ein Vertreter des *Institute for Human Rights and Advocacy* aus Westpapua, ein Vertreter aus Französisch-Polynesien sowie Saskia Kouwenberg, die die Aktivitäten von NROs beim Referendum auf Osttimor koordinierte. Die Moderation wird Volker Böge übernehmen.

Im Anschluß an die einzelnen Beiträge soll über sinnvolle und akzeptable Formen von Autonomie diskutiert werden.

3. "Kooperation in der Entwicklungshilfe der Europäischen Union mit dem Pazifik"

Im Rahmen dieses Workshops sollen eine Reihe von miteinander verknüpften

Aktivitäten sowie die gegenwärtigen Entwicklungen vorgestellt werden.

1. Dezentralisierte Kooperation im Pazifik. Erfahrungen mit der europäischen Entwicklungshilfe aus Sicht einer pazifischen NRO.

Referent: Fei Tevi, stellvertretender Direktor des *Pacific Concerns Resource Centre*, Fidschi.

2. Bericht über die sogenannten "meso-level" Dialog zwischen der Europäischen Kommission und europäischen NROs/ nichtstaatliche Entwicklungshilfeorganisationen. Mit Hilfe dieses Dialogs wird die Kooperation zwischen der Kommission und den NROs gestärkt.

Referentin: Madeleen Helmer, Koordinator von ECSIEP.

3. Studie der Universität Nijmegen und ECSIEP zur Kooperation zwischen einzelnen EU-Mitgliedsstaaten, der Europäischen Kommission und kleiner Inselstaaten.

Referentin: Annelies Haijink, ECSIEP/ Third World Centre Nijmegen.

15.45 Tee-Pause

16.15 Fortsetzung der Workshops (2. Teil)

17.30 Abendessen

Sonntag, 17. Oktober

9.30 Eröffnung des Tages

10.00 Fortsetzung der Workshops: Zusammenstellung der Ergebnisse vom Vortag, Empfehlungen

11.00 Kaffee-Pause

11.30 Präsentation der Workshops im Plenum

13.00 Mittagessen und Abreise

Information/Anmeldung:

ECSIEP, P.O.Box 151, NL-3700 AD Zeist, Niederlande
Tel. 0031-30-69 27 827, Fax: 0031-30-69 25 614, e-mail: ECSIEP@antenna.nl

Pazifik-NetzwerkerInnen können für die Teilnahme am Seminar einen Kostenzuschuß beantragen. Nähere Informationen sind bei der Infostelle erhältlich. Tel. 09874-9299, Fax 09874 -9330, e-mail: missionswerk@compuserve.com

Termine

SEMINARE:

23./ 24. Oktober 1999, Phyllodrom e.V., Leipzig:

"2. Interdisziplinäre Fachtagung zur Regenwald-Thematik", mit dem Themenschwerpunkt: Neuguinea

Neuguinea steht seit einiger Zeit verstärkt im Interesse der Forschung, da über diese Region im Vergleich zu anderen Regionen mit tropischen Regenwäldern verhältnismäßig wenig bekannt war. Ziel der Tagung ist es, die an der Thematik arbeitenden Wissenschaftler und Interessenten zusammenzubringen, um sich über Neuguinea auszutauschen und die neuesten Forschungsergebnisse, aber auch aktuelle und geplante Vorhaben vorzustellen. Besonderes Augenmerk wird wieder auf den fachübergreifenden Ansatz der Veranstaltung gelegt.

Die Themenbereiche lauten:

1. Biosystematik, Ökologie und Biogeographie ausgewählter Organismengruppen aus der Region;
2. Ethnologie der Urbevölkerung Neuguineas;
3. Vorstellung laufender und geplanter Forschungsvorhaben in Neuguinea;
4. Freie Themen über Aspekte der tropischen Regenwälder.

Das Seminar steht allen Interessierten offen. Nähere **Infos/ Anmeldung** bei Phyllodrom, Gesellschaft zur Gründung eines Instituts und Museums für Regenwaldökologie e.V., Pfaffendorfer Str. 33, 04105 Leipzig, Tel.: 0341 - 5904325, eMail: tagung@phyllodrom.de; Internet: <http://www.phyllodrom.de>

02. bis 05. November 1999, Missionswerk der Evang.-Luth. Kirche in Bayern (in Kooperation mit Erwachsenenbildung Klaus von Flüe, Infomarkt Eine Welt Würzburg, MISSIO München), Landvolkshochschule in Schwarzach:

"Papua-Neuguinea. Zeit für die Schatzinsel"

Entwicklungspolitische Bildungsfreizeit für Erwachsene und Kinder

Der Staat Papua-Neuguinea liegt auf der zweitgrößten Insel der Erde, nördlich von Australien. Das Land ist etwa so groß wie Deutschland, Österreich und die Schweiz zusammen, hat aber nur 4,3 Millionen Einwohner, etwa so viele wie Rheinland-Pfalz.

Im Laufe der Jahrhunderte entwickelte sich in PNG eine große Vielfalt von Sprachen (mehr als 700), Geschichten, Mythen und Riten. Reichhaltig sind die Schätze von Kultur und Überlieferung, die es in PNG zu entdecken gilt.

Aber PNG verfügt auch über reichhaltige Bodenschätze und ausgedehnte Regenwälder und rückt deshalb in den letzten Jahrzehnten zusehends in das Blickfeld politischer und wirtschaftlicher Interessen. Die Veranstalter und TeilnehmerInnen werden sich auf die Spur der "Schatzgräber" setzen und nach den ökologischen und sozialen Folgen der Ausbeutung der natürlichen Reichtümer von PNG fragen.

Schatzsuche steht als verbindendes Thema über den Programmen für Erwachsene und Kinder bei dieser Freizeit. Manche "Schätze" werden gemeinsam gehoben; von anderen Schätzen werden die Kinder den Erwachsenen erzählen oder umgekehrt.

Ort der Veranstaltung ist die Landvolkshochschule in Schwarzach am Main. Seminarbeitrag: 180,- DM für Erwachsene, 30,- DM für Kinder. Nähere **Infos** beim Missionskolleg des Missionswerks der Evang.-Luth. Kirche in Bayern, Postfach 68, 91561 Neuendettelsau, Tel.: 09874 - 91511, Fax: 09874 - 93350

12. bis 14. November 1999, BUKO (in Kooperation mit FernWeh im iz3w, Freiburg, dem AKE-Bildungswerk, Vlotho, und Tourism Watch, Stuttgart), Jugendhof Vlotho:
"Nachhaltiger Tourismus oder nachhaltige Tourismuskritik?"

Unter dem Schlagwort "Nachhaltiger Tourismus" hat sich die Entwicklungszusammenarbeit wieder explizit der Tourismusförderung zugewandt. Ihre Strategien und Konzepte können auch als Reflexion auf die Tourismuskritik der letzten Jahrzehnte verstanden werden.

Das Seminar wird in einem Rückblick auf diese tourismuskritische Debatte aktuelle Themen und Standpunkte herausarbeiten, wobei insbesondere die Schlagworte Umwelt- und Sozialverträglichkeit genauer auf ihre Konzepte und Motive diskutiert und hinterfragt werden sollen.

Anhand der Erfahrungen aus einem konkreten Projektbeispiel können Chancen und Gefahren der Tourismusförderung in der Entwicklungszusammenarbeit besprochen werden. Welchen Stellenwert nimmt Tourismus als Strategie einer "nachhaltigen Entwicklung" derzeit ein? Ist eine nachhaltige Entwicklung durch und mit Tourismus überhaupt möglich? Widersprechen sich die Wesensmerkmale des Tourismus mit der ihm inhärenten Wachstumslogik auf der einen Seite und Nachhaltigkeit auf der anderen nicht grundsätzlich?

Hinter dem Seminartitel verbirgt sich auch die Frage nach dem Verhältnis von radikaler Kritik am Tourismus und konkreten Verbesserungsvorschlägen: Sind die bisherigen Ansätze von angepaßtem, nachhaltigem Ökotourismus etc. eine neue Marktnische, die die globalen Ungleichheitsverhältnisse kaum in Frage stellen bzw. diese sogar stabilisieren? Oder ist andererseits der Rückzug in radikale Tourismuskritik nicht einfach nur bequem und im negativen Sinne utopisch, weil sie sich damit der dringenden Notwendigkeit von Verbesserungen in den bereisten Gesellschaften entzieht? Wo ist die Grenze zwischen Feigenblattfunktion auf der einen Seite und sinnvoller Verbesserung der Situation auf der anderen?

FachreferentInnen werden jeweils einen kurzen Input als Basis für eine gemeinsame Bearbeitung der angesprochenen Themen geben.

Nähere **Infos/ Anmeldung** bei: FernWeh im iz3w, Postfach 5328, 79020 Freiburg, Tel.: 0761 - 707 5125, Fax: - 707 5123, eMail: fernweh-iz3w@t-online.de oder beim AKE, Burgstr. 1, 32602 Vlotho, Tel.: 05733 - 957 37, Fax: - 181 54

03. bis 05. Dezember 1999, Missionswerk der Evang.-Luth. Kirche in Bayern (in Kooperation mit dem Kirchlichen Entwicklungsdienst Bayern und Dienste in Übersee), Neuendettelsau:

"Das tut man nicht!"

Scham und Schuld in verschiedenen Kulturen

Viel wird von der multikulturellen Gesellschaft geredet; Begegnung mit anderen Kulturen kann täglich stattfinden. Fremdes kann faszinieren, aber auch Angst machen.

Will ich mich mit Menschen aus anderen Kulturkreisen verständigen, kann es leicht zu Mißverständnissen kommen, weil ich nicht weiß, was sich hinter ihrem Verhalten verbirgt. Oder auch weil mir nicht bewusst ist, wie ich mich verhalte. Ich habe es ja von Kindesbeinen in meiner Kultur so und nicht anders gelernt. Und Menschen anderer Kulturkreise geht es da nicht anders.

Die Mahnung "Das tut man nicht!" gibt es überall zu hören, aber die Konsequenzen bei Regelübertretungen können für die Einzelnen ganz unterschiedlich sein. Wir wollen der Frage nachgehen, woran das liegt. Durch Fallbeispiele aus unserer und anderen Kulturen werden wir "erleben", wie verwirrend andere als unsere gewohnten Verhaltensweisen sein können.

Eingeladen zu diesem Wochenendseminar sind alle, die sich Gedanken machen möchten über ihre kulturelle Prägung und die anderer Menschen. **Ort** der Veranstaltung ist die Tagungsstätte des Missionswerks der Evang.-Luth. Kirche in Neuendettelsau. Seminarbeitrag: 100,- DM (50,- DM für Studierende/ Azubis). Nähere **Infos** beim Missionskolleg des Missionswerks der Evang.-Luth. Kirche in Bayern, Anneliese Reuter, Postfach 68, 91561 Neuendettelsau, Tel.: 09874 - 91511, Fax: 09874 - 93350

AUSSTELLUNGEN:

2. Oktober bis 6. November 1999, Galerie im Kastanienhof, Möllin (Dorfstr. 20, 19205 Möllin bei Gadebusch):

"Zwischen den Welten - Künstlerinnen und Künstler aus Papua-Neuguinea"

Papua-Neuguinea ist ein Land im Übergang, in dem Traditionelles und Modernes gleichzeitig existieren. In Möllin werden Werke von KünstlerInnen gezeigt, die zwischen diesen Welten aufwachsen und leben, und die nun die Gegensätze innovativ und kreativ umsetzen. Wobei die Künstlerinnen und Künstler selbst in mehrfacher Hinsicht zwischen den Welten stehen. Denn auch ihre Kunstwerke können im eigenen Land weder der Tradition noch der Moderne zugeordnet werden und finden nicht die Beachtung, die sie verdient hätten. Und der internationalen Kunstszene fällt es schwer, die zeitgenössische Malerei und Grafik aus Papua-Neuguinea als genuine, eigenständige Kunst anzuerkennen. Für Europäer ist Kunst aus PNG meist noch immer das, was in Völkerkunde-Museen ausgestellt wird. Heute hergestellte Produkte derselben Machart, wie Masken, Schilde, story-boards oder Skulpturen, fallen auch noch unter diesen Kunstbegriff. Andere, neuere Formen der Kreativität gelten jedoch aus europäischer Sicht als nicht authentisch, nicht "echt" und werden im schlimmsten Falle als "airport art", im besten Fall als primitive Kunst abgetan. Beide Kategorien werden den Künstlern und ihren Werken nicht gerecht.



Die in der Galerie im Kastanienhof in Möllin ausgestellten Arbeiten von neun Künstlerinnen und Künstlern umfassen ein weites Spektrum, von der Abbildung der Naturschönheiten PNGs über farbenprächtige Portraits bis hin zu Werken, in denen Welten aufeinanderprallen und aus denen trotzdem Humor spricht, wie beispielsweise das Bild von Maik Yomba mit dem Titel "Air Niugini".

Weitere Informationen über die Arbeiten und deren Bezug sind in der Infostelle erhältlich.

bis 3. Januar 1999, Galerie 37, Frankfurt (Schaumainkanal 37; Di. - So. 10-13 Uhr und 13:30-17 Uhr, Mi. 10-20 Uhr):

"Im Auge des Betrachters, Kunst und Sehen in Papua-Neuguinea"

Die Ausstellung der Galerie 37 vermittelt einen seltenen Einblick in die Kunstszene eines Landes, in dem 3,5 Millionen Einwohner rund 1000 verschiedene Sprachen sprechen. Es gibt eine Vielzahl verschiedener lokaler Kulturtraditionen, die in unterschiedlicher Weise die Künstler beeinflußt haben. Die Ausstellung über die moderne Kunst Papua-Neuguineas ist Spiegel dieser Vielfalt an Stilformen und Bildmotiven.

Neuere Literatur

amnesty international: **East Timor. Paramilitary Attacks jeopardise East Timor's Future.** AI Index: ASA 21/ 26/ 99, London 15. April 1999, 13 S.

amnesty international: **East Timor. Seize the moment.** AI Index: ASA 21/ 49/ 99,

London 21. Juni 1999, 48 S.

amnesty international: **East Timor. Violence Erodes Prospects for Stability.** AI Index: ASA 21/ 91/ 99, London 18. August 1999, 16 S.

Aust, Eva-Maria/ Förster, Stig (Hg.): **"Barbaren" und "Weiße Teufel". Kulturkonflikte und Imperialismus in Asien vom 18. bis 20. Jahrhundert.** Verlag Ferdinand Schöningh, Paderborn, Wien, Zürich 1997, 172 S.

Böckelmann, Frank: **Die Gelben, die Schwarzen, die Weißen.** Die andere Bibliothek, Eichborn Verlag, Frankfurt/ Main 1998, 454 S., DM 58,-

Finger, Hans Wilhelm: **Das Unmögliche wagen. Die ganze Geschichte von F. W. Ludwig Leichhardt - Träumer, Forscher und Entdeckungsreisender in Australien** (Arbeitstitel). Neu erzählt von ihm selbst und seinem Chronisten nach seinen hinterlassenen Briefen, Reiseaufzeichnungen und unveröffentlichten Tagebüchern. Ludwig-Maximilians-Universität München, Institutsreihe "Algorismus", ca. 600 S., DM 59,80 (zu beziehen über: Institut für Geschichte der Naturwissenschaften, Postfach, 80306 München)

Gesellschaft für bedrohte Völker (Hg.): **Terror in Osttimor. Die Einschüchterungskampagne pro-indonesischer Milizen vor dem Autonomie-Referendum.** Eine Dokumentation der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) über die Ereignisse von Mai bis August 1999. Mit einer Bilanz des Schreckens seit der Invasion Indonesiens 1975. Göttingen August 1999, 59 S., DM 10,-

Mroßko, Kurt-Dietrich: **Drei Tage in Menyamya. Erlebtes und Erträumtes aus Papua-Neuguinea.** Verlag Frieling & Partner, Berlin 1999, 127 S., DM 14,80 (ISBN 3-8280-0885-2)

Nassehi, Armin (Hg.): **Nation, Ethnie, Minderheit.** Beiträge zur Aktualität ethnischer Konflikte. Böhlau Verlag, Köln, Weimar, Wien 1997.

Wongar, B.: **Babaru. Geschichten aus Schwarzaustralien.** Aus dem Englischen und mit einem Nachwort von Maria von der Ahé. Edition Isele, Eggingen 1997, 119 S., Fr. 23,20

Neuerscheinungen

Dossier Nr. 48:

Umweltzerstörung - Ethnizität - "bad governance". Modernisierungskonflikte am Beispiel der Ok-Tedi-Mine in Papua-Neuguinea.

Autor: Roland Seib, Dezember 1998, 18 Seiten, DM 1,-

Dossier Nr. 49:

Bougainville: Kupferbergbau, Umweltzerstörung, Krieg.

Autor: Volker Böge, Dezember 1998, 15 Seiten, DM 1,-

Dossier Nr. 50:

Neukaledonien: Indigener Minenbesitz in Kanaky - Probleme und Perspektiven.

Autor: Pierre Jadin, März 1999, 15 Seiten, DM 1,-

Dossier Nr. 51:

Papua-Neuguinea: Lihir - Ein Fall nachhaltiger Entwicklung?

Autor: Thomas Rüde, Mai 1999, 10 Seiten, DM -,50

epd-Entwicklungspolitik: Materialausgabe V/99:

"Schatzinseln in der Südsee - Bergbau im Südpazifik. Modernisierungskonflikte in jungen Staaten und Perspektiven nachhaltiger Entwicklung." Dokumentation einer Tagung vom 23. bis 25. Oktober 1998 in der Evangelischen Akademie Tutzing. In Kooperation mit dem Missionswerk der Evang.-Luth. Kirche in Bayern, dem Kirchlichen Entwicklungsdienst Bayern (KED), dem Pazifik Netzwerk e.V. und dem European Centre on Pacific Issues (ECSIEP). 88 Seiten, DM 13,-

Die epd-Materialiensammlung sowie die oben genannten Dossiers sind über die Pazifik-Informationsstelle zu beziehen.

**Herausgegeben von der Pazifik-Informationsstelle
Postfach 68, 91561 Neuendettelsau, Tel. 09874-91220,
Fax 93320, e-mail: pazifik@missionswerk-bayern.de,
Redaktion: Susanne Piegsda**